Ihr Anwenderverband Kommunikation
Zukunft. Wissen. Lösungen.

Offenbach, den 18.12.2014

Stellungnahme

**Deutscher Verband für Post,
Informationstechnologie und
Telekommunikation e. V. – DVPT**

zum Impulspapier der Bundesnetzagentur
„Herausforderungen des Post-Universaldienstes -
Vorbereitung einer Stellungnahme gemäß § 47 Abs. 1 Satz 2 Postgesetz"

Es ist offensichtlich, dass sich infolge der Digitalisierung der Kommunikationstechnologie auch die Kommunikations-Verhaltensmuster verändern: der Trend geht in allen Lebensbereichen hin zur elektronischen Kommunikation, die die physische Kommunikation verdrängt. Es ist – wie in dem Impulspapier der Bundesnetzagentur und andernorts hinreichend dargelegt – schwierig, die Auswirkungen dieser Entwicklung auf den postalischen Universaldienst abzuschätzen und eine angemessene Reaktion darauf vorzubereiten.

Nach unserer Auffassung sind die angesprochenen Veränderungen allerdings noch nicht so weit fortgeschritten, das man eine Änderung der bestehenden Universaldienstregelung vornehmen müsste. Wir schließen uns deshalb der Meinung des Vorsitzenden des Beirates der Bundesnetzagentur, Dr. Joachim Pfeiffer MdB/CDU, an, der in einem Interview mit dem POSTFORUM (Hrsg. Deutsche Post AG) von November 2014 , Seite 3, sinngemäß geäußert hat, dass er „beim Universaldienst keinen dringenden Handlungsbedarf sehe, weil dieser von der Gesamtheit der am Markt beteiligten Unternehmen ohne gravierende Mängel erbracht werde, seine Finanzierung sichergestellt und durch die Marktteilnehmer aus den erwirtschafteten Erlösen selbst erbracht werden kann".

Diese Einschätzung schließt nicht aus, Wünsche und Vorstellungen zu einzelnen Aspekten des Universaldienstes zu äußern und sich an der Diskussion über zukünftige Szenarien des Universaldienstes zu beteiligen.

Zu Letzterem haben wir den Eindruck, dass die Diskussion bereits in vollem Gange ist und eine beeindruckende Vielfalt von Ideen hervorgebracht hat, die suggerieren, dass die Probleme, die durch die Veränderungen der Kommunikations-Verhaltensmuster für den Universaldienst klassischer Prägung entstehen könnten, nicht ohne angemessene Lösung bleiben würden. Eine Bewertung dieser Ideen und Vorschläge oder weitere eigene Beiträge zu diesem Thema sind an diese Stelle nicht möglich. Es wäre sicher verdienstvoll, wenn die Bundesnetzagentur es unternehmen würde, diese Diskussion zu strukturieren. Der DVPT würde sich gerne daran beteiligen.

Deutscher Verband für Post, Informationstechnologie und Telekommunikation e. V.
Aliceplatz 10, 63065 Offenbach
Telefon: +49 69 829722-0 • Telefax: +49 69 829722-26 • E-Mail: kontakt@dvpt.de • www.dvpt.de

Bleiben noch die Wünsche zum Universaldienst in seiner gegenwärtigen Ausprägung. Bei der Diskussion über den Zustand und die Entwicklung des Universaldienstes sollte der Sinn und Zweck dieser Institution im Vordergrund stehen, nämlich die staatlich garantierte Vorhaltung grundlegender Kommunikationsstrukturen zum Nutzen der Bürger und der Wirtschaft. Es wäre u. E. wünschenswert und sinnvoll, in einer Umfrage die Meinung der Nutznießer zum Universaldienst zu eruieren, um eine authentische Richtschnur für dessen Fortentwicklung zu haben.

Des Weiteren wäre es u. E. notwendig, die Entwicklung der wettbewerblichen Marktstrukturen zu fördern, um den Universaldienst aus dem Markt heraus anbieten zu können. Im Markt für Telekommunikationsdienste und bei den Paketdiensten – um nur zwei Beispiele zu nennen – ist dies gut gelungen. Es sollte auch im Briefmarkt möglich sein. Dabei spielt die Investitionsfähigkeit und -willigkeit eine wesentliche Rolle. Derzeit wird der Markt von dem Altmonopolisten beherrscht, der auch den Universaldienst anbietet. Von ihm ist die Erfüllung des Universaldienstes weitestgehend abhängig. Diese Abhängigkeit rechtfertigt aber nicht, den wirtschaftlichen Erfolg dieses Unternehmen zu einer wesentlichen Bedingung für die Existenz des Universaldienstes zu stilisieren. Die Anpassung der Netzstrukturen an schrumpfende Mengen ist allein Sache der Unternehmen, nicht der Institution Universaldienst, und ein Universaldienst à la carte nach der finanziellen Leistungswilligkeit des Altmonopolisten ist weder im Grundgesetz noch im Postgesetz vorgesehen. Nach unserem Eindruck gehen das Impulspapier und auch das „Discussion paper on the implementation of Universal Service in the postal sector …" der European Regulators Group Post (Doc. ERGP (14) 16) in diesem Punkt zu weit und erwecken zumindest phasenweise den Eindruck, als ob es notwendig würde, zu den alten überkommenen Marktstrukturen zurückzukehren, um den Universaldienst sicherzustellen. Dem ist eindeutig nicht so!

Auch der Vorsitzende des Beirats der Bundesnetzagentur hat in seinem oben zitierten Interview mehrfach und auffällig darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, im Postmarkt einen funktionierenden Wettbewerb zu erreichen: „Die Wettbewerbsbedingungen auf dem Postmarkt sind insgesamt zu stärken". Dies zu bewerkstelligen ist Aufgabe der Bundesnetzagentur, und es wäre sicherlich nützlich, wenn sie ihre diesbezüglichen Vorstellungen, was denn in dieser Hinsicht unter den gegenwärtigen Regulierungsbedingungen machbar ist, in transparenter Weise kommunizieren und die im Postsektor ansässigen Verbände von sich aus in ihre Aktivtäten einbeziehen würde.

Ein letzter Wunsch betrifft die Qualitätsvorgaben des Universaldienstes und deren Kontrolle. Aus Reaktionen unserer Mitglieder entnehmen wir, dass bestehende Qualitätsvorgaben nicht mehr mit der bisher gewohnten Konsequenz umgesetzt werden. Dementsprechend häufen sich auch die Beschwerden, die dann nicht immer befriedigend bearbeitet werden. Nach unserer Kenntnis hat die Bundesnetzagentur in den letzten Jahren keine unabhängigen Qualitätskontrollen durchgeführt oder durchführen lassen. U. E. wird es in einem zunehmend differenzierter werdenden Briefmarkt notwendig sein, solche Kontrollen wenigstens als Stichproben zu haben. Die Bundesnetzagentur sollte sich darum bemühen, die notwendigen Mittel für diese Kontrollen zu erhalten. Dies gilt gleichermaßen für die Finanzierung der Messung der grenzüberschreitenden innereuropäischen Briefsendungen, nachdem die deutsche Beteiligung an dem Prüfpanel der International Post Corporation nicht mehr sichergestellt ist.

Deutscher Verband für Post, Informationstechnologie und Telekommunikation e. V.
Aliceplatz 10, 63065 Offenbach
Telefon: +49 69 829722-0 • Telefax: +49 69 829722-26 • E-Mail: kontakt@dvpt.de • www.dvpt.de